

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich**

(A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Karlheinz Busen von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Karlheinz Busen (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 4 Millionen Quadratmeter gerodeter Wald, 250 000 tote Fledermäuse, 12 000 erschlagene seltene Greifvögel:

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Hambacher Forst?)

Das ist ein kleiner Teil der jährlichen Bilanz der Windenergieanlagen im Wald. Und es wird nicht besser: Während 2010 bundesweit circa 40 Anlagen im Wald gebaut wurden, waren es 2016 schon über 800. Heute stehen ungefähr 2 000 Windenergieanlagen im Wald. Wenn es nach den Planungen einzelner Länder geht, werden es bald noch viel mehr sein. Hessen plant einem Bericht zufolge mehr als 2 300 neue Anlagen. Die dafür vorgesehenen Flächen liegen zu 80 Prozent in Wäldern. Dabei handelt es sich nicht um irgendwelche Wirtschaftswälder. Jahrhundertalte Bäume im Reinhardswald sollen der Windenergie weichen. Im Kaufunger Wald

(Timon Gremmels [SPD]: Mein Wahlkreis!)

sollen Windenergieanlagen sogar in streng geschützten FFH-Gebieten errichtet werden.

(B) (Timon Gremmels [SPD]: Quatsch!)

– Sie können es ja nachlesen.

(Timon Gremmels [SPD]: Ich komme da her!)

Daran sehen wir, dass es den grünen Ideologen, die diese Schutzgebiete in Hessen für die Nutzung der Windkraft vorsehen, nicht um Ökologie geht, sondern einzig und allein um Geschenke für die Windlobby.

(Beifall bei der FDP und der AfD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Guck mal, wer da klatscht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem ideologisch begründeten Ausbau der Windenergieanlagen im Wald, der der Umwelt mehr schadet als nützt, muss endlich Einhalt geboten werden.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Für eine Technologie, die nichts, aber auch gar nichts zur sicheren Energieversorgung beiträgt,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dürfen wir unsere Wälder nicht opfern.

(Beifall bei der AfD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vielfach stehen die Windräder sogar ohne einen Anschluss ans Stromnetz im Wald, weil der Ausbau nicht

vorankommt. 1,4 Milliarden Euro wurden im vergangenen Jahr an die Energieversorger gezahlt für produzierten Strom, der nicht eingespeist wurde. Angesichts dessen ist es doch klar, dass die allgemeine Akzeptanz der Windkraft in der Bevölkerung schwindet, was auch weiterhin der Fall ist. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der AfD – Johann Saathoff [SPD]: Das hat aber nichts mit dem Wind im Wald zu tun!)

Leider brauchen wir als Brückentechnologie derzeit noch die Braunkohle, um Strom auch dann zu erzeugen, wenn der Wind nicht weht.

(Beifall des Abg. Andreas Bleck [AfD])

Dafür verlieren wir bedauerlicherweise einen Teil des Hambacher Forstes. Das steht aber in keinem Verhältnis zu den für Windenergieanlagen gerodeten Waldflächen.

(Beifall bei der FDP und der AfD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 4 000 Hektar! – Timon Gremmels [SPD]: Quatsch!)

Meine Damen und Herren, Windenergieanlagen im Wald stellen nicht nur für Tiere eine Gefahr dar, sondern für die gesamte Umwelt, auch für den Menschen. Die Dürre in diesem Jahr zeigt, wie brandanfällig Wälder sind.

(Timon Gremmels [SPD]: Wo kommt denn die Dürre her?)

Der kleinste technische Defekt an einem Windrad kann zur Katastrophe führen. Überall gelten in Sachen Brandschutz höchste Maßstäbe – ich erinnere nur an einen Flughafen, der nie fertig wird –; ausgerechnet bei den Windenergieanlagen im Wald wird diese Gefahr aber heruntergespielt. Das ist ein Unding. Und wenn eine Windkraftanlage havariert oder ihren Dienst erfüllt hat, bleiben die Fundamente mit mehr als 3 000 Kubikmetern Beton im Boden. (D)

(Timon Gremmels [SPD]: Das stimmt nicht! Falsch!)

– Hören Sie gut zu.

(Timon Gremmels [SPD]: Falsch!)

Das Gleiche gilt für Straßen, die Fahrzeugen und Kränen mit bis zu 50 Tonnen standhalten müssen.

(Timon Gremmels [SPD]: Falsch!)

– Zeigen Sie mir etwas, das belegt, dass das nicht falsch ist.

(Klaus Mindrup [SPD]: Rückbaubürgschaften!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns unsere Wälder vor grüner Ideologie bewahren. Ich bitte um Überweisung des Antrags.

(Beifall bei der FDP und der AfD sowie des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU])

**(A) Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Der Kollege Alois Gerig hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

**Alois Gerig (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! So ein bisschen überrascht bin ich schon über die FDP-Position und diesen Vortrag, Kollege Busen. Das ist ein bisschen eine verkehrte Welt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber der Reihe nach.

Der FDP-Antrag hat zwei Teile. Der erste Teil des Titels lautet: „Wälder schützen“. Das wollen wir, und das müssen wir tun. Das wissen wir alle. Ein Drittel der Fläche Deutschlands ist mit Wald bewachsen. Die Bundeswaldinventur zeigt uns, dass diese Fläche sogar ein wenig größer wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es wächst mehr Holz nach, als wir entnehmen. Auch das ist eine Tatsache, die man an der Statistik ablesen kann.

(Beifall der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wald dient als Kohlenstoffsенke, Wald ist wichtiger Rohstofflieferant – das wird zukünftig noch wichtiger werden –, und Wald ist Erholungsraum für Fauna, Flora, aber insbesondere auch für uns Menschen.

**(B)**

Ich sage Ihnen: Die Waldbesitzer haben angesichts des aktuellen Zustands des Walds ganz andere Sorgen, als dass sie sich um ein paar Windräder mehr oder weniger sorgen würden; darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Damit zum zweiten Teil des FDP-Antrags, der mit „Rodungen für die Windkraft stoppen“ überschrieben ist. Ja, natürlich, man kann grundsätzlich fragen, wie viele Windenergieanlagen wir insbesondere in den windschwächeren ländlichen Regionen tatsächlich brauchen, wie viele gebaut werden sollen. Diese Frage ist zumindest so lange berechtigt, wie noch keine bezahlbaren Speichermöglichkeiten zur Verfügung stehen.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Das wird noch eine Zeit lang dauern!)

Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass ich persönlich ein eher distanziertes Verhältnis dazu habe.

(Volkmar Vogel [Kleinsaara] [CDU/CSU]: Ich auch!)

Wir sollten unsere landschaftlich reizvollen ländlichen Regionen unbedingt für den Tourismus und als Naherholungsgebiete erhalten. Gleichzeitig müssen wir in der Bevölkerung Akzeptanz für Windenergieanlagen schaffen, um sicherzustellen, dass die Bevölkerung diese Anlagenstandorte genehmigt und mitträgt.

Ökologisch gesehen, kann ein Windrad im Wald unter Umständen genauso nützlich, aber auch genauso schäd-

lich sein wie ein Windrad auf einem Acker am Waldrand. Deshalb steht schon heute in den Genehmigungsverfahren, für die übrigens die Bundesländer zuständig sind, die naturschutzfachliche Prüfung ganz oben an. **(C)**

(Dr. Rainer Kraft [AfD]: Sicher nicht!)

Größere Waldrodungen, Schneisen und andere Beeinträchtigungen sollten selbstverständlich, wo immer möglich, vermieden werden.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Das geht aber nicht!)

Wir sollten uns noch mehr auf den Bau von Stromtrassen von Nord- nach Süddeutschland konzentrieren, um den deutlich kontinuierlicher fließenden Strom aus Offshorewindkraftanlagen in ganz Deutschland besser nutzen zu können. Dann brauchen wir auch die Debatten über den Zubau bei uns im Land nicht mehr in dem Maße zu führen.

Abschließend noch ein paar Worte zur aktuellen Situation im deutschen Wald. Die Lage ist dramatisch, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Wald und die 2 Millionen Waldbesitzer brauchen unsere politische Hilfe. Ich bin froh darüber, dass Bundesministerin Julia Klöckner und Staatssekretär Fuchtel sich die Situation in den Wäldern bereits im August angesehen haben. Von den 500 Millionen Baumsetzlingen, die im Frühling 2018 ausgepflanzt worden sind, ist ein Großteil vertrocknet. Die Bäume insgesamt sind durch die große Trockenheit geschädigt und geschwächt, was dem Borkenkäfer breite Nahrung bietet. Die Bäume mussten schnell gefällt werden, was zu einem totalen Preisverfall am Holzmarkt geführt hat, zumal infolge des Sturmtiefs „Friederike“, das im Januar in Mitteldeutschland gewütet hat, immer noch 2 Millionen Festmeter Holz noch nicht vermarktet sind. Gut ist, dass sich die Agrarministerkonferenz gestern um das Thema gekümmert hat. **(D)**

Fazit meiner Rede: Wir lehnen den pauschalen Antrag der FDP ab. Wir sollten uns gemeinsam intensiv um das kümmern, was wirklich wichtig ist: Wir müssen dem deutschen Wald bzw. den Waldbesitzern in dieser schwierigen Situation unter die Arme greifen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Das Wort hat der Kollege Andreas Bleck, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Bleck (AfD):**

Werter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

O, du schöner Westerwald,  
über deine Höhen pfeift der Wind so kalt;  
jedoch der kleinste Sonnenschein,  
dringt tief ins Herz hinein.

Andreas Bleck

- (A) Ich hoffe, dass ich für dieses Zitat nicht durch den Präsidenten zur Ordnung gerufen werde. Immerhin wurde unter anderem deswegen das Bundeswehr-Liederbuch durch die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen gestoppt. Ein lächerlicher Skandal, den ich und viele andere Westerwälder nicht vergessen haben.

(Beifall bei der AfD – Timon Gremmels [SPD]: Thema!)

Das Westerwald-Lied gehört zu unserer Heimat, ist unsere Tradition und zeigt, wie wir Westerwälder den Westerwald wahrnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber auch losgelöst von der lokalpatriotischen Perspektive ist der Wald ein schützenswerter Raum für Mensch, Tier und Pflanze. Für den gestressten Menschen bietet der Wald einen offenen Raum für Regeneration und Lebensfreude. Wer kennt es nicht, bei einem ausgedehnten Waldspaziergang in entspannter Atmosphäre plötzlich Ideen und Lösungen für knifflige Fragen zu bekommen?

(Timon Gremmels [SPD]: Da müssen Sie aber lange in den Wald gehen!)

Nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder erleben den Wald als Ort der Freiheit. Begeistert lassen sie sich von ihrer Neugier leiten und entdecken in freier Natur Waldbewohner wie Käfer, Schmetterlinge, Füchse oder Rehe. Auch für Tiere und Pflanzen ist der Wald wichtig. Er bietet ihnen Lebensraum und Schutz für eine stabile Reproduktion. Werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns deshalb den Wald wertschätzen und bewahren. Er ist Grundlage für unser aller Leben. Deshalb haben Windenergieanlagen im Wald nichts zu suchen.

(Beifall bei der AfD)

Allerdings legt die Bundesregierung mit der Energiewende im wahrsten Sinne des Wortes die Axt an den Wald. Bei Windrädern gibt es nämlich ein Spannungsfeld zwischen Klimaschutz auf der einen Seite und Umwelt- und Naturschutz auf der anderen Seite. Es ist offenkundig, dass die Windenergieanlagen der Umwelt und Natur schaden und die stabile und zuverlässige Energieversorgung Deutschlands gefährden.

(Beifall bei der AfD – Klaus Mindrup [SPD]: Ist das die „heute-show“?)

Dies möchte ich an drei Punkten verdeutlichen.

Erstens. Aufgrund sich verdichtender Hinweise, dass der Infraschall von Windrädern bei Menschen zu gesundheitlichen Problemen wie Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen und Herzbeschwerden führt, werden die Abstandsregelungen für Windräder zur Wohnbebauung voraussichtlich verschärft.

(Timon Gremmels [SPD]: Die AfD macht mir Kopfschmerzen, nicht die Windräder!)

Windräder müssten dann vermehrt in Wäldern gebaut werden. Für ein einziges Windrad muss dabei etwa 1 Hektar Wald gerodet werden.

(Timon Gremmels [SPD]: Falsch!)

(C) Auch die Versiegelung des Bodens durch Fundamente aus Beton stellt ein großes Problem dar. Beim Rückbau von Windrädern bleiben diese nicht selten ganz oder teilweise im Boden zurück.

(Beifall bei der AfD – Timon Gremmels [SPD]: Falsch!)

Zweitens. Jährlich kommen Hunderttausende Fledermäuse und Tausende Vögel durch Windräder in Deutschland um.

(Timon Gremmels [SPD]: Wie viele durch Straßen?)

Die Anzahl der jährlich sterbenden Tiere würde sich durch den Ausbau der Windenergieanlagen noch weiter erhöhen.

Drittens. Waldflächen sind für Windräder grundsätzlich ungeeigneter als Freiflächen, da die Verwirbelungen in der Luft über den Bäumen größer sind.

(Beifall der Abg. Franziska Gminder [AfD])

Ohnehin lassen sich Windstrom und Sonnenstrom, auch Zappelstrom genannt, nicht ohne Weiteres speichern. Wenn der Wind nicht bläst, die Sonne nicht scheint, dann gibt es keinen Strom. Um die Netze zu stabilisieren, müssen in Reserve gehaltene Kohle- und Gaskraftwerke dazugeschaltet werden. Wenn der Wind hingegen kräftig bläst und die Sonne lange scheint, gibt es zu viel Strom. Da wir diesen jedoch nicht adäquat speichern können, bezahlen wir sogar für den Export des ungewollten Zappelstroms in die Nachbarländer.

(Beifall bei der AfD)

(D) Wind- und Sonnenstrom sind also nicht grundlastfähig. Deutschland benötigt für eine stabile und zuverlässige Energieversorgung jedoch grundlastfähigen Strom. Der gleichzeitige Ausstieg sowohl aus der Kernenergie als auch aus der Kohleenergie würde ansonsten tatsächlich zu einem Dunkeldeutschland führen, aber hoffentlich bei Ihnen, den Verursachern.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie den vielen Wind, den Sie um die ideologisch motivierte Energiewende machen, nicht in den Deutschen Bundestag, sondern in die Windräder blasen würden, dann wäre uns allen geholfen.

(Beifall bei der AfD – Timon Gremmels [SPD]: Was für ein Brüller! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Realsatire!)

Auch der Bundesrechnungshof kommt in seinem aktuellen Bericht zur Energiewende zu einem katastrophalen Ergebnis. Die Kosten der Energiewende stünden, so Bundesrechnungshofpräsident Kay Scheller, in einem krassen Verhältnis zu dem bisher dürftigen Ertrag. Das Bundeswirtschaftsministerium möchte die EEG-Umlage allerdings nicht zu den Kosten der Energiewende zählen. Damit werden die Verbraucher, die im Jahr 2017 alleine für die EEG-Umlage Kosten in Höhe von 24 Milliarden Euro tragen mussten, auch noch verhöhnt. Das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist einfach ungeheuerlich.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Bleck**

- (A) Wir müssen endlich die Notbremse ziehen. Im Interesse der Menschen, des Waldes, seiner Tiere und Pflanzen fordern wir ein Ende der ideologisch motivierten Energiewende. Ich wiederhole: Windkraftanlagen haben in den Wäldern nichts zu suchen. Der Überweisung in den Ausschuss stimmen wir zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Das Wort hat der Kollege Timon Gremmels, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Timon Gremmels (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wende mich in meiner Rede an die Kolleginnen und Kollegen der FDP. Bei Ihnen habe ich wenigstens noch die Hoffnung, dass Sie den Argumenten folgen können. Das ist bei der rechten Seite des Hauses nicht der Fall.

(Zuruf von der AfD)

Sehr geehrter Herr Busen, die Windenergie ist ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ihn wollen wir sichern und ausbauen. Windenergie ist außerdem eine der preiswertesten erneuerbaren Energien. Wir brauchen die Windenergie auch, um aus den fossilen Energieträgern aussteigen zu können, sehr geehrter Herr Busen. Wissen Sie, woher ich das habe? Das habe ich aus dem Koalitionsvertrag aus Schleswig-Holstein, den Ihre Partei unterschrieben hat. Aber dann stellen Sie sich hier vorne hin und erzählen so einen Kram? Man sieht, dass die FDP mit sehr viel Doppelmoral ausgestattet ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Karlheinz Busen [FDP]: So ein Schwachsinn! Wir reden von Windrädern im Wald!)

– Ja, natürlich reden wir von Windrädern im Wald. Sie kommen aus Schleswig-Holstein.

(Karlheinz Busen [FDP]: Ich nicht!)

– Ich habe aus dem Koalitionsvertrag aus Schleswig-Holstein zitiert. Dort gibt es 11 Prozent Waldfläche. Ich komme aus Hessen. Dort gibt es 42 Prozent Waldfläche. Wenn wir die Energiewende in Hessen umsetzen wollen – und das wollen wir –, dann müssen wir auch in den Wald gehen.

(Karsten Hilse [AfD]: Richtig!)

Und ja – das muss man an dieser Stelle so sagen –: Wir wollen auch im Wirtschaftswald Windkraftanlagen ausbauen. Dazu stehen wir, und dafür werben wir auch.

(Beifall bei der SPD)

Ich mache auch Regionalplanung in der Regionalversammlung Nordhessen. Natürlich wird dort im Nationalpark die Kernzone ausgenommen. Im Biosphärenreservat

Rhön wird auch die Kernzone ausgenommen. Wir nutzen die Möglichkeiten, die wir haben, um Erholungswald zu schützen. Dafür brauchen wir kein Bundesgesetz. Kernzonen sind ausgenommen und bleiben frei. Das geht alles schon heute, dort, wo wir Verantwortung tragen. (C)

Ich sage Ihnen noch eines: Wenn wir Windräder in Wäldern bauen, dann müssen wir an anderer Stelle aufforsten. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, um Ausgleichsflächen auszuweisen. Höherwertiger Wald muss geschaffen werden, oder es muss an anderer Stelle aufgeforstet werden. Es ist so – mein Vorredner von der CDU hat es deutlich gesagt, auch der letzte Waldbericht hat es gezeigt –, dass wir sogar 50 000 Hektar mehr Waldflächen haben als im letzten Berichtszeitraum. Das zeigt, dass Windkraft und Wald Hand in Hand gehen. Ich bitte die FDP, hier keine Fake News zu verbreiten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben noch etwas gesagt, worauf ich gerne eingehen möchte. In Ihrem Antrag heißt es: Windkraft, Tourismus und Naherholung würden sich ausschließen. Herr Kollege Busen, Sie haben den Kaufunger Wald – er liegt in meinem Wahlkreis – angesprochen. Ich möchte Ihnen eine Ankündigung vorlesen: Wanderung zur Windkraft, Grimmsteig-Touristik lädt zur Tour auf den Kreuzstein ein. Die Grimmsteig-Touristik veranstaltet am Sonntag, den 30. September, eine Infowanderung zum Thema Kreuzstein-Windkraftanlagen. Es wird eine Informationsveranstaltung über Energiegewinnung im Zusammenhang mit Klima-, Natur- und Artenschutz stattfinden. (D)

(Frank Sitta [FDP]: Sind zwei Leute gekommen?)

So macht man das: Tourismus, Wandern, Energiewende und die Besichtigung von Windkraftanlagen – Hand in Hand.

(Lachen des Abg. Dr. Rainer Kraft [AfD])

Sie sind herzlich eingeladen. Kommen Sie diesen Sonntag bitte um 9 Uhr an die Königs-Alm. Dann können Sie sich fortbilden. Es funktioniert nämlich.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werfen Sie einen Blick auf die heutige Tagesordnung. Eben beim vorigen Tagesordnungspunkt hat die FDP für Verfahrensverkürzungen beim Straßenbau geworben, damit bitte schön alles schneller geht. Sie wollen weniger naturschutzrechtliche Vorgaben. Jetzt machen Sie bei Windrädern im Wald genau das Gegenteil! Da sieht man, was für eine Doppelmoral Sie an den Tag legen. Die Doppelmoral ist wirklich mit den Händen zu greifen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Karlheinz Busen [FDP]: Die Doppelmoral ist doch bei euch! Bleiben Sie bei den Fakten!)

Was ich besonders witzig an Ihrem Antrag fand – das soll mein letzter Punkt sein –, dass sich die FDP als Vogelschutzpartei darstellt. Wunderbar, ich bin auch sehr

**Timon Gremmels**

- (A) für Vogelschutz. Jährlich sterben angeblich 120 000 Vögel durch Windkraftanlagen.

(Karlheinz Busen [FDP]: Was heißt „angeblich“? Nachweislich!)

Wissen Sie, wer der Hauptfeind der Vögel ist? Das sind wild streunende Katzen. Über 1 Million Katzen reißen Vögel.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist unglaublich! Sie haben überhaupt keine Ahnung! – Dr. Rainer Kraft [AfD]: Unfug! – Karsten Hilse [AfD]: Das wird ja immer besser!)

Es wäre viel effizienter gewesen, wenn Sie heute hier einen Antrag auf Zwangskastration von Katzen gestellt hätten. Damit hätten Sie mehr erreicht als mit Ihrem Antrag heute zum Thema Windkraft. In diesem Sinne: Alles Gute! Glück auf!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Karlheinz Busen [FDP]: Sie rutschen noch unter 10 Prozent! Warten Sie mal ab! – Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie haben überhaupt keine Ahnung! Sie werden bei 5 Prozent landen, und das zu Recht! Sie werden die Fünfprozenthürde von unten anpeilen! Unfassbar! – Weitere Zurufe von der AfD und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

- (B) Der nächste Redner ist der Kollege Ralph Lenkert, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Ralph Lenkert (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn die selbsternannte Wirtschaftspartei FDP Naturschutz entdeckt, wird es spannend.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP möchte Wälder schützen – wirklich, zwar nicht beim Straßenbau, nicht beim Bau von Flugplätzen, nicht bei Gewerbegebieten und auch nicht, wenn es um Kohletagebau geht. Aber wenn es um Windräder im Wald geht, dann wird sie konsequent; dann greift sie durch.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von der FDP, Sie kennen doch sicher die Arbeitsgemeinschaft deutscher Waldbesitzerverbände. Sie hat uns das Positionspapier „Forderungen zur Bewältigung klimabedingter Probleme in unseren Wäldern“ zugeschickt. Wir Linken nehmen das ernst. Und es ist logisch: Ein stärkerer Klimawandel verstärkt natürlich die Probleme.

Dann habe ich als Maschinenbautechniker mal nachgerechnet. Im Hambacher Forst fielen dem Kohletagebau bisher 3 500 Hektar Wald für die Kraftwerke Niederau-

- ßem und Neurath zum Opfer, die im Jahr circa 48 Terawattstunden Strom produzieren. Die Landesregierung von NRW aus CDU und FDP hat auf eine Anfrage erklärt: Pro Windrad gehen etwa 0,3 Hektar Wald verloren. (C)

(Dr. Rainer Kraft [AfD]: Nein! – Karsten Hilse [AfD]: Also, das stimmt nicht! Da haben Sie falsch gerechnet! – Weiterer Zuruf von der AfD: Ein ganzer Hektar!)

– 0,3 Hektar. Lesen Sie es in der Antwort der Landesregierung von NRW nach! Es wird nämlich wieder aufgeforstet. – Aber wir können weiterreden. Sie können sich ja zu einer Zwischenfrage melden.

(Karsten Hilse [AfD]: Mach ich!)

10 000 Windräder erzeugen im Jahr in NRW etwa 48 Terawattstunden, ähnlich wie die Kohlekraftwerke. Aber sie brauchen nur 3 000 Hektar Land. Und, Herr Busen, wenn Sie von 4 Millionen Quadratmetern reden, dann klingt das zwar viel, aber es sind trotzdem 400 Hektar.

(Beifall bei der LINKEN – Karlheinz Busen [FDP]: Toll! Da haben Sie toll gerechnet!)

Ich möchte noch eins dazusagen: Wenn man nachrechnet – 3 500 Hektar gegen 3 000 –, ist es besser, Windräder zu bauen, als im Kohletagebau auszubaggern.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Liebe FDP, in Ihrem Antrag schreiben Sie, dass jährlich 12 000 Vögel durch Windräder sterben.

(Karlheinz Busen [FDP]: Greifvögel!)

– Greifvögel. – Über 2 Millionen Vögel sterben jährlich im Straßenverkehr. Dazu sagen Sie nichts.

(Karsten Hilse [AfD]: Wollen Sie jetzt den Straßenverkehr verbieten, Herr Lenkert?)

Natürlich haben Sie recht, dass ein Windrad im Wald Vögel schädigen kann. Sie haben recht, dass seltene Pflanzen in kleineren Biotopen leben. Und Sie haben natürlich auch recht, dass der Erholungswert in solchen Gebieten sinkt.

Dann stelle ich aber die Frage an Sie von der FDP und an Sie, die weiter rechts außen sitzen – wir haben gerade gehört: Sie wollen mehr Autobahnen; Sie wollen mehr Straßen –: Welchen Erholungswert hat ein Wald neben einer Autobahn?

(Beifall bei der LINKEN)

Welchen Einfluss hat der Sperrriegel einer Autobahn auf die Lebensräume von Tieren? Das ist doch verheerend und schizophoren. Wenn Sie wirklich die Wälder schützen wollen, dann kämpfen Sie gegen Autobahnen und gegen neue Straßen!

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Sitta [FDP]: Dann laufen wir alle! – Zuruf von der AfD: Fliegen wollt ihr aber auch nicht!)

**Ralph Lenkert**

- (A) Wir als Linke sind für den Kohleausstieg. Wir wollen die letzten Bäume im Hambacher Forst schützen, und wir wollen die Energiewende. Und wir wollen die Forderungen der Waldbesitzer umsetzen. Denn sie sind vernünftig.

Der Sturmbruch durch den Orkan „Friederike“ wurde schon erwähnt. Die Schädlinge belasten die Wälder sehr, und die Waldbesitzer fordern zu Recht mehr Holzlagerflächen.

In Fichten- oder Kiefermonobeständen haben wir in diesem Sommer gesehen, wie die Waldbrandgefahr wächst. Ein Waldumbau ist zwingend erforderlich. Ganz ehrlich: Wenn man Windkraftanlagen in diesen Monowäldern platziert, dann könnte man mit etwas Intelligenz – die vielleicht nicht überall da ist – die Wege sowohl für die Waldbesitzer als auch für die Windkraftanlagen nutzen. Man könnte die Aufstellflächen bei den Windkraftanlagen als temporäres Holzlager nutzen. Ganz nebenbei kann man natürlich die Planung so machen, dass man Brandschutzwege ebenfalls erhält. Und mit der Pacht ist eine Finanzierung des Waldumbaus durchaus machbar.

Jetzt als letztes Argument für Sie von der FDP: Normalerweise scheuen Sie Verbote wie der Teufel das Weihwasser. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie jetzt zur Verbotsparterie werden. Also ziehen Sie diesen Antrag zurück! Erinnern Sie sich daran, dass Sie gegen Verbote sind!

(Beifall der Abg. Helin Evrim Sommer [DIE LINKE])

- (B) Kämpfen Sie mit uns gemeinsam im Haushalt für mehr Geld für den Waldumbau! Dann schützen Sie den Wald, aber nicht mit solchen Anträgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Der nächste Redner: der Kollege Oliver Krischer, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Präsenz der FDP-Fraktion beim eigenen Antrag ist ja überschaubar, und offensichtlich ist es manchen Kollegen auch peinlich, was Sie da vorlegen.

(Dr. Rainer Kraft [AfD]: Ihre Äußerung muss Ihnen peinlich sein! Ist die Atmosphäre schon kaputt?)

Deshalb hat man lieber schon einmal die Flucht ins Wochenende angetreten. Denn das, was Sie hier vorlegen – das haben die Kollegen Gremmels und Lenkert gerade schon sehr deutlich gemacht –, ist echt eine peinliche Nummer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch zum Totlachen, dass ausgerechnet die FDP – man muss ja nur einen Tagesordnungspunkt zurückgehen – immer nur dann, wenn es um Windkraft geht, Natur- und Artenschutz entdeckt und bei allen anderen Themen auf der exakt gegenteiligen Seite steht. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Sitta [FDP]: Das ist doch Quatsch! Das ist Quatsch, und das wissen Sie!)

Meine Damen und Herren von der FDP, dass Sie sich auch noch trauen, das hier als Antrag vorzulegen, ist echt peinlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich weiß ja, dass es bei Ihnen vernünftige Leute gibt, und ich hoffe, dass vielleicht der eine oder andere mal darüber nachdenkt, wie Sie sich hier positionieren. Denn das Bild Ihrer Partei – auch das muss man an der Stelle sagen – wird noch von Leuten wie einem Herrn Minister Sander aus Niedersachsen geprägt, der im Jahr 2007 höchstpersönlich mit der Kettensäge in ein FFH-Gebiet gegangen ist und dort Bäume umgesägt hat. So viel zum Thema FDP und Schutz des Waldes, meine Damen und Herren. Das gehört ein Stück weit zur Wahrheit dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Karlheinz Busen [FDP]: Da fragen wir bei Joschka Fischer nach!)

Und, ehrlich gesagt, wenn ich hier höre, dass Sie plötzlich Ihr Herz für die Greifvögel entdecken, (D)

(Karlheinz Busen [FDP]: Immer schon!)

als Hobbyornithologe – es gibt noch einen Kollegen, der sich da gut auskennt –, dann freut mich das zwar. Aber, ehrlich gesagt, bevor Sie sich mit der Windkraft beschäftigt haben, haben Sie den Rotmilan doch für einen serbischen Freiheitskämpfer gehalten und nicht für eine Vogelart, die in Deutschland brütet, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Frank Sitta [FDP]: Der arme Rotmilan! Das hat er nicht verdient!)

Ich sage Ihnen jetzt eines: Wenn Sie etwas für den Schutz der Greifvögel tun wollten – den Anspruch erheben Sie in Ihrem Antrag –, dann würden Sie in Deutschland ein Tempolimit auf Autobahnen fordern. Das ist nämlich die hauptsächliche Todesursache für Greifvögel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Karlheinz Busen [FDP]: Nicht vom Thema abweichen!)

Ich glaube, der Grund, warum Sie diesen Antrag vorlegen, ist, dass Sie im Bereich Umweltenergie und Klima einfach überhaupt nichts in der Pfanne haben. Bei all Ihrem Gequatsche – Digital First und was wir noch alles gehört haben – ist nämlich die Wahrheit, dass Sie im fos-

**Oliver Krischer**

- (A) silen Zeitalter stecken geblieben sind, und zwar nicht einmal im 20., sondern teilweise sogar im 19. Jahrhundert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das lässt sich im Moment in Nordrhein-Westfalen berücksichtigen,

(Zuruf von der FDP: Richtig!)

wo Ihre Partei in Regierungsverantwortung nicht 1 Hektar, sondern 4 000 Hektar Wald zerstört. Und das ist kein Wirtschaftswald, sondern das ist ein naturnaher erhaltungswürdiger Wald, worüber Sie zynisch hinweggehen und behaupten, es sei für die Braunkohlenutzung notwendig, das zu zerstören.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Sie haben doch die Lizenz erteilt! Die Grünen haben doch die Lizenz erteilt!)

Sie können den Menschen nicht erklären, dass wir hier das Klimaabkommen ratifizieren und gleichzeitig über den Kohleausstieg reden, an dem die Große Koalition arbeitet, während man dort den Wald zerstört und weiter abholzt. Das können Sie an der Stelle niemandem erklären.

(Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Die Zwischenfrage habe ich erwartet. Darauf freue ich mich jetzt, Herr Präsident.

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Dann ist es recht.

**Dr. Lukas Köhler (FDP):**

Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Wenn dem so ist, warum haben Sie dann, nachdem das Klimaschutzabkommen 2016 ratifiziert wurde, im Landtag von NRW zugestimmt, dass der Landesentwicklungsplan beschlossen wurde, in dem stand, dass der Hambacher Forst gerodet werden darf?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege, ich danke Ihnen für die Frage, und ich freue mich, dass ich hier darauf hinweisen kann, dass Bündnis 90/Die Grünen als einzige Partei im nordrhein-westfälischen Landtag dafür gesorgt hat, dass 1 400 Menschen nicht aus ihrer Heimat vertrieben werden – gegen den expliziten Willen Ihrer Partei, gegen den expliziten Willen der SPD,

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Beantworten Sie verdammt noch mal die Frage! – Karsten Hilse [AfD]: Beantworten Sie die Frage, Herr Krischer!)

auch gegen expliziten Willen der CDU – und dass wir das an der Stelle durchgekämpft haben. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn Sie mir vorwerfen, dass ich mich nicht ge-

gen Ihre Parteien und Sie durchsetzen konnte, die den Hambacher Wald zerstören können, (C)

(Zuruf von der FDP: Ihr ward doch in der Regierung! Unfassbar!)

dann ziehe ich mir den Schuh ganz ehrlich an. Aber ich sage Ihnen: Dass Sie jetzt hier in Berlin über den Kohleausstieg verhandeln und dort zulassen, dass auf dem Rücken von Tausenden von Polizisten Fakten geschaffen werden, können Sie den Menschen nicht erklären, und das fliegt Ihnen im Moment gerade gesellschaftlich um die Ohren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. René Röspel [SPD] – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das ist eine Frechheit! Das sind Ihre Anhänger!)

Da haben Sie eine Verantwortung, und vor der drücken Sie sich, indem Sie hier solche peinlichen Anträge stellen und Ihren Ministerpräsidenten so herumlaufen lassen. Das einzige, was Ihnen da einfällt, ist, gegen Bündnis 90/Die Grünen zu wettern. An der Stelle würde ich erwarten, dass Sie den Versuch unternehmen, diesen gesellschaftlichen Konflikt zu lösen. Aber dazu haben Sie weder die Kraft noch den Willen, weil Sie nicht im 21. Jahrhundert stehen,

(Andreas Bleck [AfD]: Zwei Minuten geredet! Keine Antwort auf die Frage! – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Können Sie mal eine Frage beantworten, die man Ihnen gestellt hat? Das ist nur Geschwätz, Herr Krischer! Nur Geschwätz!)

 (D)

wo Klimaschutz und Nachhaltigkeit notwendig sind, sondern weil Sie ganz, ganz tief im fossilen Zeitalter stecken geblieben sind, anders als Sie es immer darstellen. Das ist, ehrlich gesagt, an der Stelle absolut ärmlich. Das muss ich ganz klar und deutlich sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen deshalb, was hier gilt. Da will ich einmal die Worte der Gewerkschaft der Polizei zitieren. Die sagt: Reden statt räumen und roden. – Das müsste die Devise von uns allen sein. Darum sollten Sie sich kümmern, statt hier solch peinliche Vorlagen abzuliefern. Das ist Ihre Verantwortung in Nordrhein-Westfalen, wo Sie in der Landesregierung sind bzw. das wäre Ihre Verantwortung, übrigens auch die von Union und SPD, die an dieser Stelle jetzt ja ganz stiekum sind, die hier über den Kohleausstieg verhandeln, aber zulassen, dass ein gesellschaftlicher Konflikt in Nordrhein-Westfalen nicht gelöst wird. Es kann nicht sein, dass wir am Ende einen Wald zerstören und nicht einmal wissen, ob wir die Kohle, die darunter liegt, überhaupt noch in Anspruch nehmen müssen. Das können Sie den Menschen draußen nicht erklären. Deshalb sage ich: Hambli bleibt!

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Lachen der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD] – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Es ist unfassbar! – Dr. Alice

**Oliver Krischer**

- (A) Weidel [AfD]: Der Energieexperte der Grünen! Herr Krischer, der Inbegriff von Fachkompetenz!)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Für die Fraktion der CDU/CSU hat der Kollege Dr. Klaus-Peter Schulze das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Klaus-Peter Schulze (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf den Besucherrängen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht sollten wir wieder ein bisschen mehr in die sachliche Diskussion einsteigen.

(Frank Sitta [FDP]: Ja, das stimmt allerdings! – Gegenruf des Abg. Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist bei dem Antrag aber schwer! – Gegenruf des Abg. Frank Sitta [FDP]: Das ist bei euch auch öfter so!)

– Ja, aber man kann sich trotzdem sachlich über die Dinge unterhalten.

(Helin Evrim Sommer [DIE LINKE]: Das war doch sachlich!)

Ich möchte zunächst eine Bemerkung zu Herrn Busen und Herrn Bleck machen. In der Regel werden Windkraftanlagen, wenn sie ihre Zeit erreicht haben, zurückgebaut und durch andere ersetzt. Mir ist kein Fall bekannt, in dem eine solche Anlage an ihrem Standort stehen geblieben ist.

- (B)

(Andreas Bleck [AfD]: Schleswig-Holstein!)

Vielmehr werden sie nachgenutzt, weil die Flächenpotenziale – dazu komme ich nachher noch – erheblich eingeschränkt sind.

Ich war von 2009 bis 2013 als stellvertretender Vorsitzender der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald auf einer Fläche von 7 200 Quadratkilometern für die Erstellung des Teilregionalplanes Windkraft verantwortlich. Da merkt man, in welchen Zielkonflikt wir insgesamt kommen, wenn der Siedlungsbestand, rechtskräftige Bebauungspläne, Wasserschutzzone, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete usw., Wald mit Schutzverordnung und stehende Gewässer als Erstes ausgeschlossen werden und bei einem zweiten Überblick dann noch die Überschwemmungsgebiete, Naturparke, FFH-Gebiete und Denkmalschutzbereiche herausgenommen werden – alles Restriktionsflächen. Die Vorgabe, in diesem Fall die des Landes Brandenburg, war: 2 Prozent der Regionalfläche sind auszuweisen. Das war mit Sicherheit nicht zu erreichen.

Aus diesem Grund haben wir uns nach sehr langer Diskussion entschieden, den Weg zu beschreiten, monostrukturierte Kiefernwälder, die sich nach Möglichkeit auf nährstoffarmen Standorten befinden, auch für die Windkraftnutzung freizugeben. Dieser Diskussionsprozess dauerte insgesamt vier Jahre. Im Ergebnis konnten wir gerade einmal 1,8 Prozent der Regionalfläche aus-

gleichen. Das ist aus meiner Sicht ein Punkt, der dazu führt, dass wir aufgrund des nicht ausreichenden Flächenpotenzials diesen Weg gehen müssen. Nichtsdestotrotz – das hat mein Kollege Gerig schon gesagt – müssen wir damit natürlich sehr sensibel umgehen und auf der Grundlage entsprechender Analysen sehr genau prüfen: Welche Waldflächen sind überhaupt geeignet und welche nicht? Das ist das Erste. (C)

Das Zweite – Herr Krischer hat schon angedeutet, dass dazu noch eine Bemerkung von mir kommen wird – ist das Thema Artenschutz und das sogenannte Helgoländer Papier. Natürlich begrüße ich als Natur- und Artenschützer und als zuständiger Berichterstatter im Umweltausschuss sehr, dass wir das Helgoländer Papier auch umsetzen. Aber wir müssen auch da schauen: Wie sind die Flächenpotenziale? Wir hatten im Jahr 2005 470 Seeadlerpaare; inzwischen sind es 700. Die Entwicklung ist nicht ganz so rasant wie beim Wolf, aber immerhin. Wenn man weiß, dass 2 800 Hektar Fläche im Umfeld eines Seeadlerbrutplatzes nicht genutzt werden können, dann kann man sich schnell ausrechnen, welche Flächenpotenziale auch hier eingeschränkt werden.

Was mir viel mehr Sorgen macht, ist, dass eine der europäischen Hauptzugrouten, die Via Baltica, in Mecklenburg-Vorpommern mit Windparks bestückt werden soll. Hier muss man sich wirklich überlegen, ob man diesen Weg gehen sollte, auch im Interesse des Natur- und Artenschutzes.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten uns ehrlich machen: Wie viel Fläche haben wir denn in Deutschland zur Verfügung, um Windkraftanlagen zu errichten? Dazu gibt es eine Studie des Umweltbundesamtes aus dem Jahre 2013. Da sagt man beim ersten Aufschlag, es sind 14 Prozent der Landesfläche in Deutschland. Beim zweiten Aufschlag sagt man, man weiß es nicht genau; vielleicht sind es auch bloß 2 Prozent, weil es die und die Restriktionen gibt – ich habe sie schon angesprochen – und weitere Flächen, zum Beispiel Radaranlagen der Bundeswehr, nicht bebaut werden dürfen. (D)

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um auf Ihren Antrag einzugehen. Wir sollten uns in den nächsten Wochen und Monaten die Karten ansehen und schauen: Wie groß ist das Potenzial, das wir haben? Welche Wege sind notwendig, um den Zielkonflikt zwischen Klimaschutz, Energiewende und Natur- und Artenschutz sachgerecht zu lösen? Erst wenn wir diese Zahlen verbindlich auf dem Tisch liegen haben, können wir uns darüber unterhalten, inwieweit wir in Waldflächen eingreifen müssen. Ich sage: Wertvolle Mischwaldbestände und reich strukturierte Nadelbestände sollten mit Sicherheit zu Restriktionsflächen erklärt werden.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Der nächste Redner: der Kollege Johann Saathoff, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)



(A) **Johann Saathoff (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worüber reden wir eigentlich? Wir reden über das Klimaschutzabkommen, das wir in Paris geschlossen haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, über Wald!)

Es ist eine internationale Verpflichtung, zu der wir gemeinsam stehen müssen.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Darüber reden wir nicht! Wir reden über Wald!)

Deutsche sind letzten Endes immer stolz auf ihre Vertragstreue. Aber wenn wir jetzt schon anfangen, über solche Dinge zu sprechen, dann kann auch der ein oder andere in anderen Ländern auf die Idee kommen, dass wir vielleicht gar nicht mehr so vertragstreu sind, wie wir immer vorgeben.

Wir reden auch über den Koalitionsvertrag, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da steht drin: 65 Prozent erneuerbare Energien bis 2030.

(Frank Sitta [FDP]: Was hat denn das mit Naturschutz zu tun?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich finde es superinteressant, zu lesen, was Sie nicht wollen.

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Ja!)

Die Begründung dafür fand ich dann schon weniger interessant. Beeindruckt hätten Sie mich, wenn Sie gesagt hätten, was Sie wollen, und wenn Sie uns ein Konzept vorgelegt hätten, wie man zum Beispiel die Klimaziele erreichen kann; das hätte mich beeindruckt.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Dr. Astrid Mannes [CDU/CSU] – Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen wir die ganze Zeit!)

In Ostfriesland würde man dazu sagen: Wenn't drum geht, dat een wat deiht sitt dor'n Uul. – Mit anderen Worten: Man kann mit dem Mund immer schnell irgendetwas behaupten; aber wenn es dann tatsächlich um Sachen geht, die man umsetzen muss, traut man sich nicht. Sie sollten nicht immer nur sagen, was Sie nicht wollen. Sagen Sie, was Sie wollen, und vor allen Dingen, wie Sie das erreichen wollen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Trotz der dürftigen Faktenlage in Ihrem Antrag beschäftigen wir uns mit ihm. Laut Bundeslandwirtschaftsministerium haben wir 11,4 Millionen Hektar Wald in Deutschland – ein Drittel der Gesamtfläche. Das macht insgesamt 90 Milliarden Bäume, die in Deutschland stehen. In den letzten zehn Jahren hat die Waldfläche um 50 000 Hektar zugenommen. Nehmen wir einmal an, Ihre Aussage, dass man für eine Windenergieanlage einen Hektar Wald braucht, stimmt – ich stelle das infrage, aber nehmen wir es einmal an –, und gehen wir theoretisch davon aus, wir würden nur die Zuwachsfläche der letzten zehn Jahre nutzen, um sie mit Windenergie

zu belegen, dann würde eine Kapazität von 150 Gigawatt allein auf der Zuwachsfläche der letzten zehn Jahre entstehen – dreimal so viel wie der Windenergiezubau in Deutschland seit 30 Jahren. (C)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kubicki?

**Johann Saathoff (SPD):**

Aber selbstverständlich, Herr Präsident. – Herr Kollege Kubicki.

**Wolfgang Kubicki (FDP):**

Lieber, sehr geschätzter Herr Kollege Saathoff, zum Ersten – da Sie ja aus Ostfriesland kommen –: Würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass die FDP auch auf Offshorewindenergie setzt, die keine Abholzung von Wäldern zur Folge hat?

Zum Zweiten. Wie wollen wir denn glaubhaft in der Welt vertreten, dass wir uns gegen die Abholzung von Regenwäldern wehren und wenden, wenn wir beginnen, unsere eigenen Wälder abzuholzen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der AfD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir meinen ja die Abholzung in Baden-Württemberg! – Timon Gremmels [SPD]: Das ist unter Ihrem Niveau! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Kubicki [FDP]: Für Sie reicht das Niveau!)

(D)

**Johann Saathoff (SPD):**

Geschätzter Kollege Kubicki, ich freue mich über Ihr Engagement für Offshorewindenergie; ich freue mich, dass wir wenigstens in dieser Richtung gemeinsam unterwegs sind und biete Ihnen gerne an, da auch noch ein paar Fakten dazu zu liefern, dass wir gemeinsam in der richtigen Richtung unterwegs sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber Brandrodungen in tropischen Wäldern mit Rodungen für die Windräder in Deutschland zu vergleichen, ist einfach nicht in Ordnung. Aus meiner Sicht vergleichen Sie hier Äpfel mit Birnen und bauen eine Angst auf, die faktisch gar nicht vorhanden sein muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Rainer Kraft [AfD]: Weg ist weg!)

Das Fazit heißt: Der Wald ist durch Windenergie nicht in Gefahr; das darf man an dieser Stelle deutlich sagen.

Die FDP fordert in ihrem Antrag, Naturschutzgebiete für die Gewinnung von Windenergie auszuschließen und eine Abstandsregelung zu Brutstätten gefährdeter Vogelarten zu definieren. Ich sage Ihnen: Das gibt es alles schon.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Johann Saathoff**

- (A) Ich berichte mal aus der Praxis: Was brauchen Sie eigentlich, wenn Sie eine Windmühle bauen wollen? Sie brauchen eine Baugenehmigung oder eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Dazu brauchen Sie zwingend ein ornithologisches Gutachten. Da wird zwölf Monate kontinuierlich geguckt, was sich dort aufhält, und zwar in allen Bereichen. Von der Wiesenweihe über den Rotmilan bis zum Weißsternigen Blaukehlchen wird da untersucht, und da, wo ornithologische Hindernisse sind, werden Sie keine Windenergieanlagen bauen können. Darüber hinaus brauchen Sie, wenn Sie überhaupt einen Bauantrag stellen wollen, einen Bebauungsplan der Gemeinde. Das heißt, der Rat muss sich damit auseinandergesetzt haben und wollen, dass dort Windenergie gewonnen wird. Sie brauchen einen Flächennutzungsplan der Gemeinde, für den das Gleiche gilt. Und Sie brauchen ein Regionales Raumordnungsprogramm des Landkreises und des Bundeslandes. – Es ist nicht so – wie Sie das suggerieren –, dass man eine Windenergieanlage aufgrund der Außenbereichsregelung einfach hinstellen kann, wo man will. Das ist faktisch nicht der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Energiewende mehr Fläche für Windenergie. Wir brauchen mehr Windenergie im Süden, und wir brauchen weniger Schaufenanträge.

(Dr. Rainer Kraft [AfD]: Sicher nicht!)

- (B) Wir wollen eine umweltfreundliche, CO<sub>2</sub>-freie Stromerzeugung. Liebe FDP, unsere Stromerzeugung soll keine strahlenden Müllaltlasten hinterlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die Stromerzeugung, wie wir sie uns vorstellen, soll keine Ewigkeitskosten der Atommülllagerung beinhalten. Die Stromerzeugung, wie wir sie uns vorstellen, soll keine Folgekosten der kostenlosen CO<sub>2</sub>-Deponierung in der Atmosphäre beinhalten. Unsere Stromerzeugung soll nachhaltig sein, sie soll sozial gerecht sein und generationengerecht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Rainer Kraft [AfD]: Sagen, wie das funktioniert!)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/2802 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen, allerdings ist die Federführung strittig. Die Fraktionen CDU/CSU und SPD wünschen eine Federführung beim Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, die Fraktion der FDP Federführung beim Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.

(C) Ich lasse zuerst abstimmen über den Überweisungsvorschlag der FDP, also Federführung beim Landwirtschaftsausschuss. Wer ist für diesen Überweisungsvorschlag? – Das sind die FDP und die AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen. Damit ist dieser Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen CDU/CSU und SPD, Federführung beim Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Wer stimmt dem zu? – Dafür haben gestimmt Linke, SPD, Grüne, CDU/CSU. – Wer stimmt dagegen? – Die AfD und die FDP. Damit ist dieser Überweisungsvorschlag angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Anpassung von Finanzmarktgesetzen an die Verordnung (EU) 2017/2402 und an die durch die Verordnung (EU) 2017/2401 geänderte Verordnung (EU) Nr. 575/2013**

**Drucksache 19/4460**

Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss

Die **Reden** sollen zu **Protokoll** gegeben werden. – Sie sind damit einverstanden. Dann ist das so.<sup>1)</sup>

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 19/4460 an den Finanzausschuss vorgeschlagen. – Ich sehe keine anderweitigen Vorschläge. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 29 auf:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Irene Mihalic, Luise Amtsberg, Canan Bayram, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur fortlaufenden Untersuchung der Kriminalitätslage und ergänzenden Auswertung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (Kriminalitätsstatistikgesetz – KStatG)**

**Drucksache 19/2000**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Inneres und Heimat (f)  
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Hier haben die Fraktionen 38 Minuten vereinbart. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt die Kollegin Dr. Irene Mihalic, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Alle Jahre wieder erleben wir das gleiche Spiel: Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik, PKS, wird vorgestellt, und während die einen sagen, das Land sei viel, viel sicherer geworden, sagen die anderen, alles wer-

<sup>1)</sup> Anlage 2